

Internationale Geberinitiative „Coronavirus Global Response“ am 4. Mai 2020

DSW: „Deutschland muss einen Löwenanteil zur Gesamtsumme beitragen“

Hannover, 30. April 2020. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat für den 4. Mai 2020 einen weltweiten Spendenmarathon zur Bekämpfung des Coronavirus initiiert. Ziel dieser Geberkonferenz ist es, 7,5 Milliarden Euro aufzubringen, um die Arbeit zur Prävention, Diagnose und Behandlung von COVID-19 zu beschleunigen. Alle Regierungen und Organisationen weltweit sind aufgefordert, Mittel bereitzustellen.

„Die deutsche Bundesregierung muss ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden und entsprechend Deutschlands Rolle als größter Volkswirtschaft Europas einen Löwenanteil zur Gesamtsumme beitragen,“ sagt Jan Kreuzberg, Geschäftsführer der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW). „Große Sorge macht mir die Situation in afrikanischen Ländern.“ Denn aufgrund der Coronakrise verschlechtert sich dort der ohnehin oft mangelhafte Zugang zur Gesundheitsversorgung drastisch. „Frauen und Mädchen sind auch in diesen Krisenzeiten schwanger, bringen Kinder zur Welt oder benötigen Informationen und Verhütungsmittel, um sich effektiv vor ungewollten Schwangerschaften zu schützen. Denn auch (und gerade) in Krisenzeiten haben Menschen Sex“, so Kreuzberg.

Laut aktuellen Schätzungen des Guttmacher Instituts zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Coronakrise im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit fatale Auswirkungen haben werde – insbesondere auf Schwangere und Neugeborene: Schon bei einem Rückgang der Gesundheitsversorgung um zehn Prozent würden rund 1,7 Millionen Wöchnerinnen und 2,6 Millionen Neugeborene auch bei schwerwiegenden Komplikationen nicht die erforderliche Versorgung erhalten. Dies würde zu 28.000 Todesfällen bei Müttern und 168.000 Todesfällen bei Neugeborenen führen.

Würde der Zugang zu Verhütungsmitteln nur um zehn Prozent zurückgehen, käme es zu 15 Millionen ungewollten Schwangerschaften. Dies wiederum würde zu mehr unsicheren Schwangerschaftsabbrüchen und anderen negativen Folgen führen.

Einschätzungen des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zufolge führt die Covid-19-Pandemie zu mehr geschlechtsspezifischer Gewalt und anderen Menschenrechtsverletzungen an Mädchen und Frauen. So könnte es zu zwei Millionen Fällen weiblicher Genitalverstümmelung und

13 Millionen Fällen von Frühverheiratungen kommen, die ohne die Pandemie hätten verhindert werden können.

„Wir begrüßen es, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung schon jetzt eine Milliarde Euro zur Stabilisierung der Partnerländer in Aussicht gestellt hat. Diese Gelder müssen zügig fließen und dringend aufgestockt werden. Nur so kann Deutschland einen angemessenen Beitrag dazu leisten, COVID-19 weltweit zu bekämpfen und dabei niemanden zurückzulassen“, sagt Kreuzberg.

Weitere Informationen:

Analyse des Guttmacher Institutes: <https://www.guttmacher.org/article/2020/04/crisis-horizon-devastating-losses-global-reproductive-health-are-possible-due-covid>

Bericht des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA):
<https://www.unfpa.org/news/millions-more-cases-violence-child-marriage-female-genital-mutilation-unintended-pregnancies>

Über die DSW:

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) ist eine international tätige Entwicklungsorganisation. Unser Ziel ist es, zu einer zukunftsfähigen Bevölkerungsentwicklung beizutragen. Wir engagieren uns für die Umsetzung des Menschenrechts auf Familienplanung. Insbesondere unterstützen wir junge Menschen in Ostafrika dabei, selbstbestimmte Entscheidungen über ihre Sexualität und Verhütung zu treffen. Gleichzeitig bringen wir uns auf nationaler und internationaler Ebene in politische Entscheidungsprozesse in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung und Gleichstellung der Geschlechter ein.